



## Heimische Rohstoffgewinnung steht für Zukunft

Bei der Jahrestagung der Vereinigung Rohstoffe und Bergbau e.V. (VRB) wurden im September in der Vertretung des Freistaats Sachsen in Berlin die Aspekte der heimischen Rohstoffgewinnung diskutiert. Wichtiges Thema war die Rohstoffstrategie Sachsens, die wegweisend für Deutschland in diesem Jahr modernisiert wurde. Die Strategie, die auf der Basis der lebendigen heimischen Rohstoffgewinnung entwickelt wurde, ist im Ländervergleich vorbildlich und stärkt den heimischen Bergbau. Sie trägt zu einer sicheren Rohstoffversorgung der deutschen Industrie bei und fördert eine starke regionale Wirtschaft sowie Wachstum, Wohlstand und Beschäftigung.

Die VRB vertritt als Dachverband die Interessen der Rohstoffe gewinnenden Industrie in Deutschland. Die heimische Produktion an mineralischen Rohstoffen beträgt derzeit ca. 600 Mio. Tonnen jährlich. Sie steht am Beginn der industriellen Wertschöpfungsketten, verhindert die Abhängigkeit von Importen und kann mit ihren Umweltleistungen sowie sozialen Errungenschaften Vorbild für viele andere Länder sein.

Vor dem Hintergrund der Energiewende, veränderter Mobilität, Digitalisierung und geopolitischer Neuorientierung kommt der heimischen Rohstoffgewinnung eine neue Bedeutung zu. Deutschland ist bei vielen Rohstoffen bereits Selbstversorger, so zum Beispiel bei den Industriemineralen sowie Sande und Kiesen, die aufgrund ihrer besonderen chemischen Eigenschaften ohne Stoffumwandlung eine Verwendung in der Industrie finden. Bodenschätze wie Tone, Kaolin, Quarzsand und Feldspat haben vielfältige Einsatzgebiete von der chemischen Industrie, der Automobilindustrie, über Baustoffe, Papier und Keramik hin zu Elektrotechnik und dem Einsatz in Windrädern und Solarzellen. Insoweit sind Industriemineralien Transformationsminerale und sind aus unserem täglichen Leben heute und in Zukunft nicht wegzudenken.



Bild 1: Rohstoffland Sachsen (siehe Bildquelle)

### Rohstoffland Sachsen

Deutschland benötigt in der Zukunft aber noch andere Rohstoffe als bisher. Diese Rohstoffe und die dafür erforderlichen Bodenschätze sind zum Teil in Deutschland verfügbar. Durch die Umstellung der Energieversorgung auf erneuerbare Energiequellen entsteht ein zusätzlicher Rohstoffbedarf, während der Bedarf an fossilen Rohstoffen zurückgeht. Die Unternehmen sind jedoch auf den Willen von Politik, Behörden und Gesellschaft zur Nutzung von Bodenschätzen angewiesen. Ob sich neue Rohstoffprojekte langfristig etablieren können, hängt neben den geologischen Voraussetzungen vor allem von der Kapitalbeschaffung im Hinblick auf Risikokapital (Explorationen), Explorationsförderprogrammen und behördlichen Genehmigungen ab.

Die sächsische Rohstoffstrategie vom 13. Dezember 2022, die auf die erste sächsische Rohstoffstrategie aus dem Jahre 2012 folgt, ist ein wichtiges Instrument dazu. Wesentliche Aspekte sind die Schaffung von Netzwerken und eine Verbreiterung der internationalen Zusammenarbeit wie zum Beispiel mit Mosambik und die Verstärkung der sächsischen Rohstoffkompetenz (TU Freiberg, GKZ, HIF, UNU Flores, u.a.). Die Strategie leistet einen sächsischen Beitrag zum EU Green Deal und zur langfristigen Rohstoffsicherung. Wegweisend in den letzten Jahren ist dabei das Projekt ROHSA (Rohstoffdaten Sachsen), das die Digitalisierung von Unterlagen rohstoffgeologischer Daten zum Ziel hat.

Für die neue sächsische Rohstoffstrategie wurden die Rohstoffpotenziale Sachsens inklusive Sekundärrohstoffpotenzia-

len überdacht und gezielt in den Mittelpunkt gestellt. Nachwachsende Rohstoffe werden ebenso in die Strategie mit einbezogen. Die Rohstoffstrategie formuliert dabei acht Handlungsschwerpunkte und einen Maßnahmenplan zur Umsetzung in den nächsten Jahren. Der Freistaat Sachsen soll als bedeutender Rohstoffstandort im nationalen und internationalen Kontext gestärkt werden. Gleichzeitig sollen die Bemühungen auf nationaler und europäischer Ebene zur Erreichung der Ziele des europäischen Green Deal, der Klimaschutzziele und die Umgestaltung der Wirtschaft im Hinblick auf Nachhaltigkeit und Ressourceneffizienz unterstützt werden. Ebenso wird eine starke Öffentlichkeitsarbeit angestrebt, so dass die Akzeptanz für Rohstoffgewinnung in Sachsen insgesamt gesteigert wird.



## Nachhaltige und resiliente Rohstoffversorgung

Die Bundesregierung hat im Januar 2023 ihrerseits ein Eckpunktepapier zur nachhaltigen Rohstoffversorgung beschlossen. Es soll die nationale Rohstoffstrategie aus dem Jahr 2020 nicht ersetzen, aber fortentwickeln. Die „Ampel-Koalition“ im Bund bestätigt darin ebenfalls die große Bedeutung der Rohstoffversorgung für die Wirtschaft und für die Klimaziel-Erreichung. Dabei wird festgestellt, dass ein erheblicher Mehrbedarf an mineralischen Rohstoffen und Metallen wie z. B. Lithium, Nickel, Kupfer und Seltenen Erden besteht, und dass Deutschland gleichzeitig bei der Gewinnung und auch bei der Verarbeitung dieser Rohstoffe stark von einzelnen – nicht immer demokratisch verfassten – Lieferländern abhängig ist. Zur Verringerung dieser Abhängigkeit setzt die Bundesregierung zuerst auf Rohstoffeffizienz und Kreislaufwirtschaft. Sie will zudem die Rohstofflieferketten diversifizieren. Betont wird ein fairer und nachhaltiger Marktrahmen für importierte oder weiterverarbeitete Rohstoffe, der über Environment, Social, Governance-Standards (ESG- Standards) zu gewährleisten sei.

Die VRB hat betont, dass die Rohstoffstrategie des Bundes ebenfalls wichtige Vorteile des heimischen Bergbaus deutlich angespricht:

- Heimischer Bergbau garantiert die Einhaltung hoher Umwelt- und Sozialstandards.
- Er sichert am besten die Versorgung.
- Er ist unverzichtbare Grundlage zahlreicher inländischer Wertschöpfungsketten und schafft Arbeitsplätze vor Ort.
- Klimaschädliche Transportwege verkürzen sich im Vergleich zu Importen.
- Einige der heimischen Rohstoffe – z.B. Spezialtone, Quarzrohstoffe, Fluss- und Schwerspat sowie Stein- und Kalisalze – sind zudem von strategischer Bedeutung für die europäische Industrie. Dies wird europäisch insbesondere auch durch den Entwurf für eine Critical Raw Materials Act bestätigt.

## Wichtige politische und gesetzgeberische Maßnahmen

Die Sicherung Deutschlands mit Bodenschätzen und – allgemeiner – mit Rohstoffen ist eine Gemeinschaftsaufgabe von Politik und Gesellschaft, von Rohstoffwirt-

## Mögliche Änderung des BBergG



### Ist eine BBergG-Änderung wirklich sinnvoll?

- Fortlaufende Anpassung ist erfolgt. Das Bergrecht ist **auf der Höhe der Zeit**.
- Im Bergbau wird das **gesamte Umweltfachrecht inhaltlich angewandt**. Folglich bedarf es keiner zusätzlichen „Ökologisierung“ des Bergrechts. Interessen der Betroffenen werden ebenfalls angemessen berücksichtigt.
- **Rechtspolitisch:** Bergrecht ist vor dem Hintergrund der Rohstoffpolitik mit der notwendigen heimischen Gewinnung zu sehen.
- **Änderungen müssten die Erleichterung des heimischen Rohstoffabbaus zum Ziel haben:** Raumordnerischer Schutz vor Überplanung, öffentliches Interesse an der Rohstoffgewinnung, zügige Genehmigung verlässlicher Betriebspläne.

Bild 2: BBergG auf der Höhe der Zeit

schaft und von rohstoffnutzender Industrie. Politik, Behörden und Industrie sollten die Vorteile heimischer Rohstoffgewinnung aber nicht nur offensiv als solche ansprechen, sondern diese Vorteile müssen auch in praktische Politik und Gesetzgebung sowie Umsetzung in der Raumplanung münden, und damit die Grundlage für Projekte in Zukunft legen.

Die Überlegungen zur Vereinfachung des Umweltrechts sowie zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren müssen daher für die gesamte Industrie gelten, nicht nur für die Errichtung von Erneuerbaren-Energien-Anlagen. Es geht darum,

- viel häufiger den vorzeitigen Beginn von Vorhaben zuzulassen,
- unnötige Erörterungstermine zu vermeiden und
- die vielfach beklagte „Gutachtenflut“ zu bekämpfen.

Die Bundesregierung beabsichtigt trotz der Herausforderungen auf den internationalen Rohstoffmärkten, das von ihr selbst im Eckpunktepapier 2023 als „verlässlicher Rechtsrahmen“ bezeichnete Bergrecht zu ändern. Das hat sie – vor dem Angriff auf die Ukraine – im Koalitionsvertrag

beschrieben. Ziel sei „eine ökologische Ausrichtung der Rohstoffgewinnung und zugleich eine Erleichterung des Abbaus heimischer Rohstoffe“. Ob beide Ziele gleichzeitig erreichbar sind, ist zumindest umstritten, so dass die Frage gestellt werden muss, ob es wirklich zweckmäßig ist, das BBergG erheblich zu ändern. Immerhin wird in den Betriebsplanverfahren bereits jetzt das gesamte materielle Umweltfachrecht angewandt. Das Bergrecht garantiert zudem, dass auch die Belange der betroffenen Menschen in der Nachbarschaft sowie des Arbeitsschutzes umfassend und gut geprüft werden, bevor Bergbau beginnen kann. Es findet eine angemessene Abwägung zwischen den Zielen und dem Nutzen der Rohstoffgewinnung und -versorgung einerseits und damit unter Umständen kollidierenden Interessen statt. Damit ist das Bergrecht in Deutschland „auf der Höhe der Zeit“ Es ist modern, und eine weitere Modernisierung ist eigentlich nicht erforderlich. Die noch vom BMWi in Auftrag gegebene und jetzt vom BMWK veröffentlichte Ernst & Young-Studie zum Bergrecht hat dies Anfang 2023 nochmals eindrucksvoll bestätigt.